

Nicht nochmals von vorne

Elba-Vorstoss der SP abgelehnt

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Versuch der SP, einen Ausweg aus der festgefahrenen Debatte um die Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) zu finden, ist gestern im Landrat in Liestal gescheitert. Die Motion von Kathrin Schweizer (SP), die von der Regierung eine neue Vorlage zur Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im unteren Baselbiet unter Einbezug der Gemeinden verlangte, wurde mit 26 zu 53 Stimmen abgelehnt. Die Regierung wäre bereit gewesen, den Vorstoss in Form eines Postulats entgegenzunehmen.

Die Debatte zeigte in der Folge, dass die Wunden der negativ ausgegangenen Volksabstimmung über die Elba bei der bürgerlichen Mehrheit noch nicht verheilt sind. Markus Meier (SVP) brachte es auf den Punkt. Er warf der SP vor, das Geschirr mit mutwillig falschen Behauptungen zerschlagen zu haben und es jetzt notdürftig zusammengeklüfft wieder aufs Gestell stellen zu wollen – und auch noch so zu tun, als sei nichts passiert. Wenn man bei der Wahrheit geblieben wäre, wäre es anders herausgekommen. Jetzt verursache man nur Kosten, wenn man den ganzen Prozess nochmals neu starte.

Motionärin Schweizer argumentierte vergeblich, beim Elba-Prozess habe man es unterlassen, bei den Gemeinden zu erfragen, welche Bevölkerungsentwicklung diese überhaupt wünschten. Es biete sich deshalb jetzt an, die Gemeinden verbindlich anzufragen, welche Ziele sie sich setzten.

Selbst von linker Seite musste sich Schweizer anhören, dass dies längstens geschehen sei. Lotti Stokar (Grüne), ehemalige Gemeindepräsidentin von Oberwil, wunderte sich über die Forderung der SP. Die Gemeinden seien stets dabei gewesen. Nach wie vor sei man gut unterwegs. Auch bei der Revision des Richtplans und beim Agglomerationsprogramm werde deutlich, dass es kein Vakuum gebe.

Kein Wachstumszwang

Regierungsrätin Sabine Pegoraro erklärte, beim Elba-Prozess seien alle Kreise, auch die Gemeinden, miteinbezogen worden. Auch in der laufenden Vernehmlassung zum Richtplan biete sich den Gemeinden erneut die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Die Regierung sei zwar bereit, den Vorstoss zur Prüfung entgegenzunehmen, am Liebsten aber sei ihr, wenn bereits der Landrat den Vorstoss als erfüllt abschreibe.

In der schriftlichen Antwort auf den Vorstoss hatte die Regierung bereits darauf hingewiesen, dass die Szenarien für die zukünftige Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung für den Elba-Raum bereits definiert seien. Es sei jedoch nie die Idee gewesen, die Gemeinden zu einem entsprechenden Bevölkerungswachstum zu verpflichten. Es sei darum gegangen, abzuschätzen, ob die zusätzliche Bevölkerung und die Beschäftigten in den bestehenden Bauzonen aufgenommen werden könnten. Ein neuer Planungsauftrag sei aus heutiger Sicht nicht nötig, da der Regierungsrat ohnehin vorsehe, spätestens im Rahmen der Richtplanüberprüfung eine neue Abstimmung zwischen Siedlungsentwicklung und Verkehr vorzunehmen.

In der Nordwestschweiz wird es keine Expo geben

Der Vorstoss, die Machbarkeit einer Landesausstellung zu prüfen, scheitert am Nein der Baselbieter Regierung

Von Thomas Dähler

Liestal. In der Region Basel wird es keine Landesausstellung geben. Klaus Kirchmayr (Grüne) hat gestern im Landrat erklärt, dass er das von mehreren Landräten aus allen Fraktionen unterzeichnete Postulat zurückziehe. Kirchmayr begründete dies mit der negativen Haltung der Baselbieter Regierung zur Idee einer Expo in der Nordwestschweiz. Die Idee sei bei einer Zusammenkunft ehemaliger Parlamentspräsidenten entstanden und danach in Form eines Vorstosses in den Parlamenten der beiden Basel lanciert worden, erklärte Kirchmayr. Man habe

Der Landrat verlangt ein längeres Nachtflugverbot

Unzufriedenheit mit der Lärmsituation am EuroAirport

Von Thomas Gubler

Liestal. Alle Jahre wieder nimmt der Landrat Kenntnis vom Bericht der Fluglärmkommission (FLK). Und jedes Jahr stellt das Kantonsparlament fest, dass es eigentlich kaum etwas zu ändern vermag. SVP-Landrat Hanspeter Weibel hätte deshalb die Fluglärmkommission vor Jahresfrist auch am liebsten abgeschafft. Mit deren Bericht zur Fluglärmsituation 2015 beziehungsweise der darin geschilderten Situation hatte die landrätliche Umwelt- und Energiekommission (UEK) nun aber definitiv ihre Mühe. Und zwar deshalb, weil die Lärmbelastung südlich des Flughafens vor allem wegen der Frachtflüge zwischen 22 und 24 Uhr wiederum zugenommen hat. Ebenso wurde festgestellt, dass die Quote der Südanflüge um 1,55 auf 8,02 Prozent zugenommen hat.

Entsprechend beantragte die UEK dem Landrat denn auch anders als die Regierung nicht nur Kenntnisnahme vom FLK-Bericht, sondern sie verband diese Kenntnisnahme mit zwei Aufträgen an die Regierung: So soll diese sich im Sinne einer Motion aus dem Jahr 2008 für eine Verlängerung des Nachtflugverbots um zwei Stunden von 23 bis 6 Uhr (derzeit besteht dieses von 24 bis

5 Uhr) und höhere lärmabhängige Start- und Landgebühren einsetzen. Weiter wird der Regierungsrat beauftragt, sich bei der Fluglärmkommission für eine Überwachung und Auswertung der maximalen Lärmwerte in den Nachtstunden einzusetzen.

Die Diskussion im Landrat war dann über weite Strecken eine «Allschwiler Debatte». Fraktionsübergreifend setzten sich Jürg Vogt (FDP), Pascale

Nordwestschweizer doch auch noch schaffen», sagte der gebürtige Zürcher.

Störung des Gottesdienstes

Den «Gottesdienst gestört» hat einzig Balz Stückelberger (FDP). Er wies auf die Jahrhunderte alte Verkehrsdrehscheibe Basel hin. «Wollen wir diese wirklich aufs Spiel setzen nur wegen ein paar Frachtflugzeugen?», fragte Stückelberger. Letztere seien nämlich in internationale Netzwerke eingebunden und könnten nicht einfach starten und landen, wann sie wollten. Entsprechend beantragte der Arlesheimer, den heiklen ersten Auftrag an den Regierungsrat – Ausdehnung des Nachtflugverbots und Erhöhung der Gebühren – aus dem Landratsbeschluss zu streichen. Mit 66 zu neun Stimmen unterlag Balz Stückelberger mit seinem Antrag aber ziemlich deutlich.

Der Landratsbeschluss in der Form der Umwelt- und Energiekommission – mit Kenntnisnahme des FLK-Berichts und Aufträgen an die Regierung – wurde schliesslich mit 77 Stimmen, bei einer Enthaltung, gutgeheissen. Dies, nachdem Regierungsrätin Sabine Pegoraro versichert hatte, dass die Regierung die Anliegen der Anwohner sehr ernst nehme. Es sei auch nicht so, dass bisher nichts geschehen sei.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Uccella (SVP), Andreas Bammatter (SP) und Felix Keller (CVP) für eine möglichst ungestörte Nachtruhe ihrer Mitbewohnerinnen und -bewohner ein. Darüber hinaus kritisierte Rahel Bänziger (Grüne), dass die neueren medizinischen Erkenntnisse offenbar ohne Einfluss auf die geltenden Lärmschutzgrenzwerte bleiben.

Schliesslich appellierte der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel an den Stolz und die Ehre der hiesigen Politik im Zusammenhang mit der Forderung nach dem um zwei Stunden längeren Nachtflugverbot: «Was die Zürcher fertiggebracht haben, sollten die

Der 1. Mai bleibt ein Feiertag

Der Landrat schickt eine Motion von Balz Stückelberger deutlich bachab

Von Thomas Gubler

Liestal. Dem Motionär musste von Anfang an Böses geschwant haben. Nicht nur war sich FDP-Landrat Balz Stückelberger bewusst, dass er sich mit seinem Anliegen wenig Freunde machte, sein «politisches Sensorium» sagte ihm auch, «dass ich heute für mein Anliegen wohl keine Mehrheit finden werde». Seiner Überzeugung gehorchend hielt er aber an seinem Anliegen fest, das da lautete: Streichung des 1. Mai von der Liste der gesetzlichen Feiertage im Kanton Baselland und Prüfung durch den Regierungsrat, ob anstelle des 1. Mai ein anderer, von einem möglichst grossen Teil der Bevölkerung akzeptierter Feiertag definiert werden soll.

Der 1. Mai, so Balz Stückelberger, sei in seiner heutigen Form weit entfernt von der Legitimation als einem Sonntag gleichgestellter Feiertag und somit nicht mehr zeitgemäss. «Hat der 1. Mai wirklich den gleichen Stellenwert wie Weihnachten? Freuen Sie sich auf den 1. Mai wie auf Weihnachten?», fragte der Motionär rhetorisch seine Ratskolleginnen und -kollegen.

Kein Verständnis

Dieser Haltung vermochte der Ende Monat abtretende SP-Landrat Jürg Degen nichts Positives abzugewinnen. Er könne das Problem nicht erkennen. «Dieser Feiertag ist in der Bevölkerung verankert», sagte Degen. Nicht nur die Linke stand Stückelbergers Anliegen kritisch gegenüber. Auch die SVP entdeckte plötzlich ihre Sympathie für den



Zeit für Kundgebungen. Ob mit oder ohne Umzug, der Tag der Arbeit bleibt für alle Baselbieterinnen und Baselbieter arbeitsfrei. Foto Dominik Plüss

Tag der Arbeit. Peter Brodbeck plädierte dafür, doch beim Bestehenden zu bleiben. Für Stückelberger als Präsident der Personalkommission sei dies möglicherweise auch nicht der richtige Vorstoss. Pascal Ryf (CVP) wollte ebenfalls am Feiertag festhalten. Der 1. Mai sei eine Gelegenheit, sich bewusst zu machen, dass man Arbeit hat. Und Hannes Schweizer (SP) sprach sich als Anwalt der Schwinger für die Beibehaltung des 1. Mai als Feiertag aus. «Denn an diesem Tag findet jeweils das 1.-Mai-Schwingen in Oberdorf statt.»

Nicht einmal in seiner eigenen Fraktion fand Stückelberger einhellige Zustimmung. So sprach sich etwa der Binninger FDP-Landrat Marc Schinzel dezidiert für den Feiertag aus. Immerhin unterstützten Paul Hofer und FDP-Fraktionschef Rolf Richterich das Anliegen. Hofer gab zu bedenken, dass wir nicht mehr im Zeitalter der Industrialisierung leben, und Richterich geisselte den Landrat für seinen mangelnden Reformwillen. Vergeblich, denn dieser schickte die Motion mit 58 zu 18 Stimmen bachab.

Schlaraffenland dank Robotern

Gedanken über die Folgen der Arbeitsplatzrevolution

Von Daniel Wahl

Liestal. Der Begriff «Industrie 4.0» ist einer, den man in Zukunft wohl öfter zu lesen und zu hören bekommen wird. Richtig gesellschaftsfähig wurde er erst, als ihn die Wirtschaftskapitäne am World Economic Forum (WEF) im vergangenen Januar in Davos thematisierten.

Kurz zusammengefasst meint Industrie 4.0 – in Anknüpfung an die Mechanisierung der Wasser- und Dampfkraft (Industrie 1.0) – die heutige digitale Revolution, die Arbeitsplätze radikal umgestalten wird – der Einzug der Roboter, die Verknüpfung der Maschinen untereinander und mit dem Menschen, um anstelle von Menschen Arbeit zu verrichten. Dieses Begriffs Industrie 4.0 hat sich am Mittwochabend das Baselbieter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforum angenommen und mit besonderem Blick auf den demografischen Wandel, die Überalterung, in die Kristallkugel der Zukunft geschaut.

Erstes Forum im Baselbiet

Es schien Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber deshalb angezeigt, ein solches Forum zu organisieren, weil erstens die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) ihr 20-Jahre-Jubiläum feiern, zweitens die Volkswirtschaftsdirektion mit der Standortförderung Baselland eine neue Organisationseinheit geschaffen hat und drittens Baselland und Basel-Stadt erstmals einen gemeinsamen Wirtschaftsbericht publiziert haben.

Eine illustre, gut 200-köpfige Gemeinschaft von Investoren, Wirtschaftsinteressierten und Politikern traf sich also im Hanro-Areal, um sich von Inputreferaten inspirieren zu lassen. Doch sie bekamen kaum Neues vorgelegt – wie sollte man auch, wenn sich beispielsweise der Basler Uniprofessor und Referent George Sheldon auf Zahlen aus der Jahrtausendwende abstützt: Steuerlich stehe der Kanton Baselland im schweizerischen Vergleich nicht mehr so gut da, im internationalen Wettbewerb hingegen schon. Das Baselbiet habe den höchsten Alterskoeffizienten, aber der gleiche sich mit Basel-Stadt, dem «Studentennest», wieder etwas aus.

Es gibt nicht besonders viele, dafür besonders qualifizierte Patentanmeldungen aus dem Baselbiet. Den Frankenschok habe die Wirtschaft in der Region gut verdaut. Die Akademisierung schreite in der Schweiz gegenüber Europa überproportional voran, die Berufslehre verliere an Boden.

Anregende Gedanken

Trotz solchen nicht ganz neuen Erkenntnissen war der Abend ein Sammelurium inspirierender Momente, die zum Nach- und Weiterdenken anregten. Hier einige Auszüge davon:

– Die Schweizer Studentinnen und Studenten stürzen sich zu häufig in Geisteswissenschaften ohne genügend Perspektiven auf Arbeit, während man Naturwissenschaftler aus dem Ausland importieren muss. Man solle die frühe Auseinandersetzung mit Berufsbildern an der Schule unbedingt fördern, meinte Doris Fellenstein.

– Industrie 4.0 ist die Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies, die Suche nach dem Schlaraffenland, in dem Maschinen uns füttern, sagt Zukunftsforscher Andreas Walker. Er macht Hoffnung, weil Zukunft nicht einfach passiert, sondern mitentschieden und gestaltet werden kann.

– Oft nicht nachvollziehbar ist für Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbands Basel-Stadt, dass Unternehmen Plus-55-Arbeiter auf die Strasse stellen und gleichzeitig einen Fachkräftemangel beklagen. Man stelle leider auch fest, dass ältere Mitarbeitende nicht oder weniger weitergebildet werden.

– Es ist nicht sinnvoll, auf Ereignisse wie beispielsweise Fachkräftemangel in der Informatik mit politischen Bildungsinitiativen zu reagieren, sagt George Sheldon vor dem Hintergrund unscharfer Prognosen. Wichtig sei, dass man Bildungsziele und nicht Bildungswege definiere.